



HEIMAT- UND BÜRGERVEREIN LOHAUSEN-STOCKUM E.V.

Pressemitteilung

23.06.04

Lohausen wehrt sich gegen die Ausweitung des Flugverkehrs

Der Flughafen Düsseldorf hat in einer Pressekonferenz am 16.6.04 den Antrag angekündigt, dass die Stundenkapazität auf 45 Bewegungen/Stunde erhöht werden soll. Dieser Antrag geht auf einen Beschluß des Aufsichtsrates zurück, in dem die Rathausparteien CDU und SPD die Stadt Düsseldorf vertreten. Wie schon in der Vergangenheit deklarieren sie auch die jetzt geplante Ausweitung der Flugbewegungen als fairen Kompromiß, bei dem auch die Belange der Anlieger gewahrt würden, so Oberbürgermeister Erwin in der Presse.

Für die Lohausener Bürger stellen wir fest, dass der Kompromiß die Zulassung der Ersatzbahn war und deren Mitbenutzung in Spitzenzeiten. Aus Gründen des Lärmschutzes ist seinerzeit im Planfeststellungsverfahren die Zahl der relevanten Flugbewegungen auf 71.000 in den sechs verkehrsreichsten Monaten begrenzt worden. Jede danach vom Wirtschaftsministerium verfügte Betriebsregelung führte zur Ausweitung der Flugbewegungen und damit zu einer Erhöhung der Lärmbelastung für die Wohnanlieger, insbesondere in den Ortsteilen Düsseldorf-Lohausen und Ratingen-Tiefenbroich.

Inzwischen sind die Flugbewegungen in den sechs verkehrsreichsten Monaten auf über 100.000 gestiegen. Wenn die Stundeneckwerte auf 45 Bewegungen erhöht würden, wie vom Flughafen beantragt, würden die lärmrelevanten Flugbewegungen auf 140.000 steigen. Sie lägen dann doppelt so hoch wie die im Planfeststellungsbeschluß aus dem Jahre 1983 aus Lärmschutzgründen verfügte Beschränkung. Für die Bewohner in Lohausen und Tiefenbroich würde dies bedeuten, dass von morgens 6.00 Uhr bis 23.00 Uhr jede dritte Minute Überflüge mit Maximalpegeln von 80-100dB(A) stattfinden würden. Zwischen den Überflügen lägen keine relevanten Lärmpausen mehr. Für die betroffenen Wohnanlieger würde dies eine Dauerbeschallung rund um die Uhr darstellen.

Gegen die Erhöhung der Flugbewegungen auf 120.000 in den sechs verkehrsreichsten Monaten führen Bürger aus Düsseldorf-Lohausen, Ratingen-Tiefenbroich und Meerbusch-Büderich Klage beim Oberverwaltungsgericht Münster, über die noch in diesem Jahr entschieden werden soll. Wenn der Flughafen Düsseldorf mit Rückendeckung der Rathausparteien CDU und SPD versucht, noch vorher eine Ausweitung der Flugbewegungen durchzusetzen, macht dies deutlich, dass die Rechte der betroffenen Bürger faktisch ausgehebelt werden sollen. Wer dann immer noch von einem fairen Kompromiß spricht, täuscht die Öffentlichkeit.

Dr. Gudrun Elwakil
(Schriftführerin)